

teilt, dass ich zu einer Besprechung zwecks Gründung einer Bauernpartei nach Dresden zu dem ersten Sekretär der Landesleitung der SED, Wilhelm Könen, fahren sollte. Als ich dorthin kam, befand sich im Zimmer von Könen ein Major der sowjetischen Besatzungsmacht namens Nikodenkow. Ich wurde von diesem nach meiner Meinung über die Gründung einer Bauernpartei befragt.

Ca. 14 Tage später erhielt ich von dem Generalsekretär der ZVdGB, Vie weg, aus Berlin ein Telegramm in welchem ich aufgeföhrt wurde, mich nach Brandenburg zur konstituierenden Sitzung der DBP zu begeben. Dies wird etwa Anfang Juni 1948 gewesen sein. Bei dieser Sitzung waren ausschliesslich SED-Genossen und zwar ca. 30 Personen, anwesend. Einige von ihnen waren mir bekannt, Goldenbaum, Paul Scholz und Richter, sind -Namen, an die ich mich noch erinnern kann.

Goldenbaum hielt ein Referat über die Notwendigkeit der Gründung einer politischen Partei der Bauernschaft. Es wurden dann die Vorsitzenden der Landesverbände bestimmt und zwar für

Thüringen: Herbert Hoffmann,  
Sachsen-Anh.: Richard Richter,  
Brandenburg: Rudolf Albrecht,  
Sachsen: Friedrich Martin,  
Mecklenburg: nicht mehr bekannt.

Goldenbaum teilte mit, dass die notwendigen Genehmigungen der SMA zur Gründung eingehen würden.

Ca. 8 Tage danach wurde ich nach Dresden zu dem Major Nikodenkow in seine sowjetische Dienststelle bestellt. Bei dieser Besprechung beglückwünschte er mich, dass die SMA die Genehmigung zur Gründung der Bauernpartei erteilt habe. Bei diesem Besuch wurde mich gleichzeitig von Major Nikodenkow mein Geschäftsführer, ein gewisser Walter, vorgestellt.

Kurze Zeit darauf wurde dann die erste konstituierende Sitzung des Landesverbandes Sachsen in Dresden einberufen. Zu dieser Sitzung wurden die Kreisvertreter seitens der SED und des jeweiligen Militärkommandanten des SMA ausgesucht und hinbestellt worden. Die endgültige Genehmigung, ob die ausgesuchten Personen in ihre Ämter eingesetzt wurden oder nicht, erteilte der Major Nikodenkow. Von ihm ist auch der Aufbau der Partei im Lande Sachsen finanziert worden. Der erste Parteitag hat sodann Anfang Juni 1949 in Meissen stattgefunden, bei welchem ich als erster Landesvorsitzender bestätigt wurde. Mir ist bekannt, dass die Abgabe einer auch nur fahrlässig falschen eidesstattlichen Erklärung strafrechtliche Folgen nach sich ziehen kann. Ich versichere die Richtigkeit meiner Angaben in Kenntnis dieser Tatsache an Eides Statt.

Berlin, den 1. Juni 1953.

gez. Unterschrift.

Nicht nur die Bildung einer Oppositionspartei und die Gründung von freien kulturellen oder gesellschaftlichen Organisationen werden in der Sowjet-Union und den Satellitenstaaten unterdrückt, sondern es darf auch keine freie Gewerkschaft bestehen. Die Gewerkschaften sind zu einem Machtinstrument des Staates geworden, der in der Kommunistischen Partei verkörpert ist. Sie dürfen die Verwirklichung keiner anderen Ziele verfolgen als der des Kommunistischen Staates. Jedoch bestimmen die Gesetztexte, dass die Arbeiter das Recht haben, sich in Berufsgewerkschaften zusammenzuschliessen. Richtig ist, dass diese Texte eine Einheitsgewerkschaft vorschreiben.